

12.11.2003

Zukunft der Gleichstellungspolitik in den Kommunen

Abgeordnete Frau Helmhold (GRÜNE)

Zukunft der Gleichstellungspolitik in den Kommunen

Nachdem die Landesregierung das Instrument der Frauenbeauftragten infrage gestellt hat, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die verfassungsrechtliche Zielvorgabe der Gleichstellung auch nach 50 Jahren noch immer nicht erreicht ist, frage ich die Landesregierung:

1. Welche Alternativen zur jetzigen Regelung schlägt sie vor, um sicherzustellen, dass auch zukünftig in den Kommunen aktive Maßnahmen zur Umsetzung des Gleichstellungsauftrags ergriffen werden?
2. Welche Instrumente können aus Sicht der Landesregierung in den Kommunen die Frauenbeauftragten ersetzen?
3. Wie will die Landesregierung überprüfen, dass in den Kommunen gegebenenfalls ohne das Instrument der Frauenbeauftragten eine aktive Gleichstellungspolitik betrieben wird?

Antwort der Landesregierung

Zukunft der Gleichstellungspolitik in den Kommunen - Antwort der LR
(<http://www.ursula-helmhold.de/cms/landtag/dok/125/125139@de.html>)